

Samstag, 15. Oktober 2022 [Tageblatt-Forum](#)

## Wer provoziert hier wen?



Foto: Christina Hinzmann

Weder in der Stadtverwaltung noch bei der Mehrheit im Rat hat man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Erst durch die Besetzung des ehemaligen Gewerkschaftshauses konnte ohne jegliche Unterstützung der Stadt und trotz zum Teil sogar bewusster Verhinderungsaktionen das heute von vielen geschätzte und unterstützte selbstverwaltete Projekt OM10 entstehen. Wohnraum, Übergangswohnen für geflüchtete Menschen, Mieterinnenberatung, kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr haben dort einen Platz gefunden.

Nach dem Umzug des Goethe-Instituts wurde erst durch die Besetzung des Gebäudekomplexes durch junge Menschen auf den Leerstand bewohnbarer Räume aufmerksam gemacht. Diesmal

zeigte sich die Stadt als Eigentümerin in keiner Weise gesprächsbereit, drohte mit polizeilicher Räumung und Kriminalisierung der jungen Menschen. Diesmal das Ergebnis: Verkauf an einen privaten Investor, der bis heute bewohnbare Teile insbesondere des ehemaligen Studentenwohnheims leer stehen lässt. Und nun: Das gleiche Schema. Die Oberbürgermeisterin beschließt im Alleingang den Verkauf der ehemaligen JVA an einen privaten Investor. Wohlwissend, dass sich eine Initiative schon seit geraumer Zeit um die Verwirklichung eines Sozialen Zentrums in dem Gebäude bemüht. Nach öffentlichen Protesten versucht dann die sogenannte Deutschlandkoalition im Rat etwas zurückzurudern und bietet für die Realisierung eines Sozialen Gesundheitszentrums das stark sanierungsbedürftige Gebäude der Heilsarmee an, ohne dieser auch nur in Ansätzen eine Alternative zu nennen. Frau Broistedt war zu keinem Zeitpunkt ihrer Entscheidungen ernsthaft bereit, das Gespräch mit der Initiative zu führen. Jetzt, da mal wieder als ein letztes Mittel des Protestes junge Menschen zur Besetzung greifen, stellt sie ein Ultimatum, droht mit „harten“ rechtlichen Schritten und spricht gleichzeitig von Gesprächsbereitschaft. So etwas nenne ich doppelzünftig und jenseits aller Einsichtsfähigkeit. Meine Solidarität gehört der Initiative und den jungen Menschen. Da mag das Recht auf Seiten der OB sein, recht hat sie aber dennoch nicht. Für ein Soziales Zentrum im Zentrum unserer Stadt.

Gerd Nier,

Göttingen